

# DISKUSSION

## Der Einbürgerungs-Fragebogen für Muslime ist inakzeptabel

**D**ie TGS-H ist über den Fragebogen für Einbürgerungskandidaten muslimischen Glaubens in Baden-Württemberg bestürzt. Dieser Fragebogen, der seit dem 01.01.2006 angewandt wird, um die Demokratiefähigkeit, Gesinnungskonformität bzw. den Integrationsstand ausschließlich muslimischer Zuwanderer festzustellen, ist in seiner Anwendung, Zweck und Form höchst problematisch.

Erstens ist zu fragen, ob es rechtens, ja gar methodisch sinnvoll ist, die Verfassungstreue bzw. Wertvorstellungen von Einbürgerungskandidaten mit einem derartigen Fragebogen zu hinterfragen und mit Sanktionen bei nicht zufriedenstellenden Antworten zu versehen, wenn selbst dieser Fragebogen von einem Ex-Bundesjustizminister als verfassungswidrig eingestuft wird, da er nur für Muslime zur Anwendung kommt. Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes besagt, dass niemand wegen seines Glaubens benachteiligt werden darf. Unter dem angegebenen Vorsatz, die Sicherheit im Lande schützen zu wollen, stellt man mit diesem Fragebogen eine ganze Personengruppe unter Generalverdacht. Es wird in Kauf genommen, die Rechte rechtschaffener, friedliebender Migranten aufs Spiel zu setzen. Die Werte unseres demokratischen Grundgesetzes kann man schlecht mit undemokratischen, diskriminierenden Methoden schützen. Die Verantwortlichen haben hier ein Eigentor geschossen.

Zweitens ist auch der Zweck dieser Übung, demokratieunfähige oder integrationsunwillige Einbürgerungskandidaten muslimischen Glaubens, zu ermitteln, verfehlt. Menschen, die tatsächlich für die innere Sicherheit eine Gefahr darstellen, würden so einen Fragebogen kaum wahrheitsgemäß beantworten. Der Fragebogen erfasst die Zielgruppe dementsprechend nicht. Der vermeintliche Sinn und Zweck des Fragebogens wird nicht gewahrt. Also entbehrt dieser Fragebogen jeglichen Bedarfs.

Drittens ist der Inhalt dieses Fragebogens überhaupt nicht zufriedenstellend. Anstatt Wissen über das Grundgesetz, das Sozial- und Wirtschaftssystem des Landes zu lehren und sie danach abzufragen, werden Antworten auf gängige Vorurteile, wie sie in der Boulevardpresse regelmäßig aufgetischt werden, verlangt. Dieser Fragebogen besitzt keinen wissenschaftlichen Wert, um eine ausschlaggebende Rolle für die Entschei-

dung für oder gegen die Einbürgerung von Einwanderer zu spielen. Ein Fragebogen in dieser Form ist keineswegs akzeptabel.

Wenn dieser Fragebogen in der Anwendung verfassungswidrig, vom Zweck her verfehlt und formal inakzeptabel ist, stellt sich zum Schluss insbesondere eine Frage. Wie kommen einige recht erfahrene Politiker dazu, einen offensichtlich schlechten „Gesprächsleitfaden“ zu erstellen und ihre Landesbediensteten anzuweisen, diesen Fragebogen anzuwenden? Wie so oft in der jüngsten Vergangenheit – die Unterschriftenkampagne aus Hessen lässt grüßen – werden die Interessen und Rechte von Migranten aus parteipolitischen Kalkül angesichts bevorstehender Wahlen durch gezielten Populismus missachtet.

Es bleibt nur eine Alternative. Anstatt eines schlechten politischen Zeichens für die Integrationsbemühungen der Mehrheit der Migranten in Deutschland durch einen minderwertigen Fragebogen zu setzen, sind umfassende Integrationshilfen auf breiter Basis vonnöten. Und schließlich kann man es nur begrüßen, dass sich viele Politiker gegen diesen Fragebogen und dessen Praxis aussprechen. Sie erkennen die Gefahr, die solche Aktionen bergen.

TGS-H  
Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e.V.  
[www.tgsh.de](http://www.tgsh.de)